

LEISTUNG
muss sich
endlich wieder
LOHNEN

WAS WIR JETZT TUN MÜSSEN –
BEIM BÜRGERGELD (S. 4/5)
UND FÜR DIE WIRTSCHAFT (S. 15)



Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.



**MIT:TITEL****Solidarität ist keine Einbahnstraße**

von Gitta Connemann

4

MIT:KOLUMNE

von Felix Heck

Nehmt die Jungwähler ernst

8

MIT:REPORT**Der Standort Deutschland im Abstiegskampf**

10

Uns läuft die Zeit davon.

Wenn sich –wie jetzt – Investoren und Unternehmen abwenden, sind Wohlstand und Sicherheit in Gefahr

MIT:TITEL**Wirtschaftspolitischer Kurswechsel jetzt!**

15

Was für eine Trendwende getan werden muss

MIT:REPORT**Kosten der Energiewende – ein Fass ohne Boden?**

16

Der Netzausbau stockt. Und Deutschland ist vom Netto-Strom-Exporteur zum Netto-Strom-Importeur geworden

Deutschland fällt im globalen Wettbewerb zurück

20

Der Motor unserer Außenwirtschaft stottert. Wie wir gegensteuern können

**MIT:INTERVIEW****Lars Feld**

22

„Die Sozialdemokraten haben die Reformen der Vergangenheit rückabgewickelt“

MIT:ERKLÄRT**Alle sagen, wir brauchen Lithium – warum eigentlich?**

30

MIT:FAKTEN

6-7, 9

Energiepreise treiben Firmen ins Ausland | Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit | Mehr Betriebsvermögen – Anstieg bei Erbschaft- und Schenkungsteuer | Deutschland bremst Eurozonen-Wirtschaft aus | KI-Einsatz steigt

MIT: INSIDE**„Comer Wirtschaftsgespräche“ von MIT und INSM**

28

Neues Format an legendärem Ort

EU-Check

32

Inside-Meldungen

33

Neumitglieder

33

Mitgliederstatistik

34

Impressum

32





Solidarität ist keine Einbahnstraße

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das Bürgergeld spaltet das Land. Kaum ein Thema wird so heftig diskutiert. Wer öffentlich Änderungen beim Bürgergeld fordert, wird zum Teil massiv angegriffen. Und dennoch bin ich fest davon überzeugt: Wir brauchen einen Neustart. Weg vom Bürgergeld, das sich immer mehr zu einem bedingungslosen Grundeinkommen entwickelt. Wieder hin zu einer Grundsicherung nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“.

Wer Hilfe braucht und nicht arbeiten kann, muss sich darauf verlassen können, dass ihm geholfen wird. Wer sich aber selbst helfen kann, darf nicht auf die Solidarität anderer rechnen. Wer arbeiten kann, muss dies auch tun.

Dieses Prinzip ist nicht neu. Es ist nicht unsozial – im Gegenteil. Unser Sozialstaat lebt von der Waage zwischen Solidarität und Eigenverantwortung. Deshalb muss immer wieder austariert werden: Was ist denen zumutbar, die Unterstützung brauchen? Und was denen, die diese finanzieren?

Der Sozialstaat wird nämlich von allen getragen, die arbeiten – egal, wie niedrig oder hoch ihr Einkommen auch ist. Ihre Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer jeden Tag hart für seinen Lebensunterhalt arbeitet und Steuern zahlt, kann erwarten, dass Sozialleistungen an Erwerbsfähige an Bedingungen geknüpft werden. Nur so bleibt die Akzeptanz für den Sozialstaat erhalten. Und damit für unsere Demokratie. Aber sie bröckelt. Denn die Probleme liegen auf der Hand. Zu den unbequemen Wahrheiten gehört:

- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt zu, obwohl händierend Arbeitskräfte gesucht werden. Immer weniger Menschen schaffen den Sprung vom Bürgergeld in den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei 6 Prozent – der höchste Stand seit 2015. Auf der anderen Seite müssen Gaststätten ihre Öff-

nungszeiten reduzieren, Ladentheken sind nur noch eingeschränkt besetzt. Obst und Gemüse können nur noch mit Hilfe von Saisonkräften aus anderen Ländern geerntet werden. Betriebe geben wegen Personalmangels auf.

- Die Jobcenter schlagen Alarm. In einer Umfrage zum Bürgergeld Anfang 2024 gaben 2.000 Mitarbeiter von Jobcentern an, dass sich die Anreize zur Aufnahme einer Arbeit verschlechtert hätten. Bürgergeldbezieher seien schlechter erreichbar als früher und weniger motiviert. Nur ein Beispiel: In den Jobcentern in Berlin fallen 50 Prozent der Termine aus, weil die Hilfesuchenden einfach nicht erscheinen.
- Die Sanktionsraten liegen bei nur 2 Prozent. Vielen Jobcentern sind die Hände durch fachliche Weisungen gebunden. Die Möglichkeit, Mitarbeit zu fordern oder spürbar zu sanktionieren, gibt es eigentlich nur auf dem Papier. Deshalb kritisiert der Bundesrechnungshof, dass der Grundsatz des Forderns ausgehebelt wird. Und der Landkreistag, der für alle Landkreise in Deutschland spricht, fordert strengere Regeln für den Bezug von Bürgergeld.
- Die Quote von Zugewanderten, die Bürgergeld beziehen, ist mit mehr als 60 Prozent überdurchschnittlich hoch. Eine große Gruppe bilden ukrainische Kriegsflüchtlinge, deren Beschäftigungsquote allerdings mit gut 20 Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Laut eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gibt es mit Ausnahme von Belgien in keinem Land Europas so hohe Sozialleistungen wie in Deutschland.

- Der Sozialhaushalt gerät aus den Fugen. 2023 gab die Bundesagentur für Arbeit 42,6 Milliarden Euro für Bürgergeldempfänger aus. Besonders zu Buche schlagen die Kosten der Unterkunft.
- Ohne Frage: Der Regelsatz von 563 Euro für einen Erwachsenen klingt nach nicht viel. Bei einer vierköpfigen Familie summiert es sich je nach Alter der Kinder auf 1.726,00 Euro bis 1.954,00 Euro - netto. Wer Bürgergeld bezieht, hat zudem einen Anspruch auf Übernahme von Miete, Strom, Heizung, Krankenversicherung, Rundfunkbeitrag etc. Einem Alleinverdienenden z.B. in NRW mit der Steuerklasse I bleiben bei einer Fünf-Tage-Woche mit 40 Stunden auf Mindestlohnbasis im Monat aktuell etwa 1.375 Euro netto. Davon muss er seine Wohnung und Lebenshaltungskosten selbst tragen.

Diese Liste ließe sich verlängern. Es sind Fakten, kein Fall von Neid. Diese Unwuchten lassen sich nicht ausblenden. Das spaltet die Bevölkerung.

Darunter leiden diejenigen, die hilfsbedürftig sind. Ein Großteil der Bürgergeldempfänger braucht Schutz und Hilfe wie z.B. Alleinerziehende, Schwerbehinderte, Berufsrückkehrende, gering Qualifizierte. Aber laut der Bundesagentur für Arbeit gibt es eben auch mehr als 200.000 Menschen, auf die dies nicht zutrifft und die dennoch nicht arbeiten.

Wenn unser Land politisch nicht kippen und sozial anständig bleiben will, müssen wir handeln. Unser Konzept für eine „Neue Grundsicherung“ ist kein Plan für einen radikalen Sozialabbau. Es geht um Selbstverständlichkeiten: Wer Sozialleistungen bezieht, muss mitwirken. Menschen, die arbeiten können, sollen dies auch tun – sonst entfallen die Leistungen. Deshalb fordern wir als CDU eine neue Grundsicherung statt Bürgergeld, konkret:

Einen Namen, der Klarheit schafft

Grundsicherung steht nur dem zu, der sich nicht selbst durch Arbeit oder eigenes Vermögen helfen kann. Ein bedingungsloses Grundeinkommen lehnen wir ab.

Vermitteln, vermitteln, vermitteln

Die Jobcenter müssen wieder stark gemacht werden. Sie müssen wieder mehr in Arbeit vermitteln können. Die Beratungsdichte muss erhöht, die Fallbelastung reduziert werden. Und es muss wieder verbindliche Eingliederungsvereinbarungen geben, die Rechte und Pflichten klar regeln.

Sanktionen wieder möglich machen

Jobcenter müssen wieder sanktionieren können – schnell, einfach, unbürokratisch. Jeder, der arbeiten kann, muss auch einer Arbeit nachgehen. Wer eine zumutbare Arbeit ohne Grund ablehnt, ist offenkundig nicht bedürftig. Jemand, der drei Monate keinen Kontakt mehr zum Job-

center hat, ist nicht mehr auf Hilfe angewiesen. Die Leistungen sind zu streichen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Möglichkeit offengehalten: „Wer eine existenzsichernde und zumutbare Erwerbstätigkeit ohne wichtigen Grund verweigert, muss mit einem vollständigem Leistungsentzug rechnen.“ Von der Kürzung nicht betroffen sind Kinder und Partner.

Solidarität nur für diejenigen, die wirklich Hilfe benötigen

Es muss wieder eine Vermögensprüfung ab dem ersten Tag eingeführt werden. Wer eigenes Vermögen hat, muss dieses einsetzen. Die aktuelle Karenzzeit von einem Jahr gibt das falsche Signal: Du kannst dir mit der Jobsuche Zeit lassen. Mit jedem Tag, der ohne Arbeit verbracht wird, schwinden die Chancen auf einen Job. Es gibt allerdings ein Schonvermögen – abhängig von der Zahl der Arbeitsjahre. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss mehr haben als Berufsanfänger.

Integration durch Arbeit

Viele Menschen, die Bürgergeld beziehen und nicht arbeiten, sind nicht in Deutschland geboren. Ihnen fehlen Sprachkenntnisse. Oder ihre Berufe werden nicht anerkannt. Zurzeit müssen sie keine einfachen Arbeiten aufnehmen, die vielleicht ihrer Qualifikation nicht entsprechen. Fehlende Deutschkenntnisse dürfen kein Hinderungsgrund für die Arbeitsvermittlung sein.

Ein einziges System der Grundsicherung

Zurzeit gibt es ein Nebeneinander von Systemen – Bürgergeld auf der einen Seite, Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderzuschuss auf der anderen Seite. Menschen, die wie z.B. Alleinerziehende Hilfe brauchen, werden damit überfordert und von Pontius zu Pilatus geschickt. Wir brauchen ein einziges System der Grundsicherung.

Unsere Vorstellungen sind weder ein Anschlag auf den Sozialstaat noch brechen wir damit die Verfassung. Wir wollen zurück zum Kern. Sozialleistungen sollen den wirklich Bedürftigen vorbehalten bleiben. Alles andere wird das Solidarsystem gefährden.

Ihre



Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Hinweis: Dieser Beitrag ist der Nachdruck eines Namensartikels, der zuvor in der „Ostfriesen-Zeitung“ erschienen war.

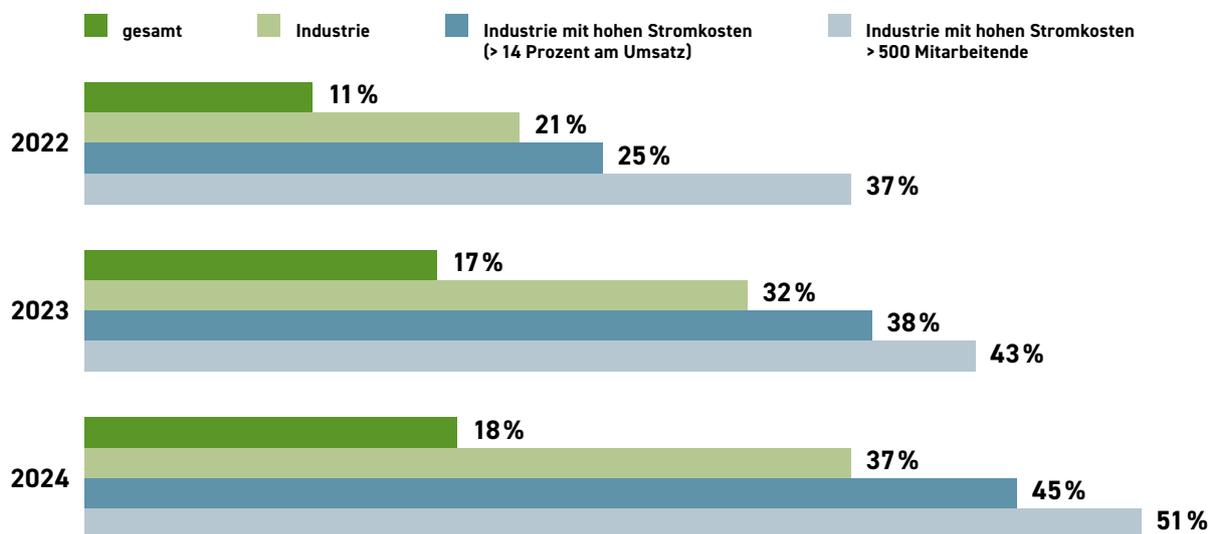


Energiepreise treiben Firmen ins Ausland

Laut dem „DIHK-Energiewende-Barometer 2024“ erwägen mittlerweile vier von zehn Industriebetriebe, ihre Produktion am Standort Deutschland wegen der anhaltend hohen Energiepreise einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Bei den größeren Industrieunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten denken inzwischen sogar mehr als die Hälfte darüber nach.

Die hohen Energiekosten wirken sich besonders in der Industrie negativ auf die Investitionen aus. Knapp 40 Prozent der Industrieunternehmen stellen laut der Umfrage wegen der hohen Energiepreise Investitionen in Kernprozesse zurück. Etwa drei von fünf Firmen sagen, aufgrund der hohen Energiepreise hätten sie die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland verloren.

Produktionseinschränkung und Abwanderung der Betriebe



So viele Unternehmen planen oder realisieren Einschränkungen der Produktion im Inland oder Verlagerungen ins Ausland als Reaktion auf Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik.

Quelle: DIHK

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit



Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich rapide und läuft auf eine bislang nicht gekannte Defizithöhe zu. Im vergangenen Jahr mussten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um acht Milliarden Euro und ein Defizit von 6,2 Milliarden Euro hinnehmen. Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von 13,2 Milliarden Euro. Auch in den Folgejahren wird das Defizit auf einem ähnlichen Niveau verharren.

Das geht aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunal Finanzen bis zum Jahr 2027 hervor.

Wenn Bund und Länder mit ihrer Finanzpolitik nicht grundlegend umsteuern, so ihr Fazit, werden die kommunalen Haushalte tief in den roten Zahlen bleiben.

Anzeige

**FÜR
BERLIN**
SEIT 100 JAHREN

 **Investitionsbank
Berlin**

Erfolg. Fördern. Berlin.

wachsen mit der IBB

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Nehmt die Jungwähler ernst

Von Felix Heck



Felix Heck, Jahrgang 2001, besuchte die Kölner Journalistenschule und arbeitete unter anderem bei der Stuttgarter Zeitung und der Zeit. Seit 2022 ist er Politikredakteur beim FOCUS Magazin.

Manchmal erzählt ein Orts-termin in Sachsen mehr über das Land als ein Dutzend Pressekonferenzen in Berlin. Schkeuditz bei Leipzig, ein Freitag im August. Es ist Wahlkampf. Nach der Veranstaltung kommen drei junge Mädchen auf Carsten Linnemann zu. Wen sie denn wählen wollten, will der Generalsekretär wissen. „Die AfD“, antworten zwei der drei Mädchen ohne zu zögern.

Wenn ich solchen Gesprächen lausche, dann erwacht in mir die Angst, dass da gerade eine verlorene Generation heranwächst. Die drei Mädchen sind kein Einzelfall. 17 Prozent der 16- bis 24-Jährigen haben bei der Europawahl ihr Kreuz bei der AfD gemacht.

Natürlich hat dieser Siegeszug der AfD mit ihrer Übermacht auf TikTok zu tun. Viel zu lange haben die großen Parteien der Mitte auf klassische Plakate vertraut, auf Postwurfsendungen und Haustürwahlkämpfe.

Mit mehr digitaler Resilienz ist es allerdings nicht getan. Die etablierten Parteien müssen sich eingestehen, dass sie uns junge Erwachsene in den vergangenen Jahrzehnten schlichtweg vergessen haben – mit fatalen Folgen.

Ja, meiner Generation geht es so gut wie keiner anderen vor uns. Wir profitieren von der Lebensleistung unserer Eltern, sind in Frieden großgeworden, können uns frei durch Europa bewegen. Aber die desaströse wirtschaftliche Lage geht auch an uns nicht spurlos vorbei. Wir laufen Ge-

fahr, die erste Nachkriegsgeneration zu werden, die ihren Kindern weniger vererbt als sie von ihren eigenen Eltern bekommen hat.

Damit droht die Aufkündigung eines gesellschaftlichen Konsenses. Unser Land wird zusammengehalten von einer stillen Übereinkunft: Streng dich an, dann wirst du mehr erreichen als deine Vorfahren. Dieser „German Dream“ steht nun unter gewaltigem Druck an gleich mehreren Fronten.

Als meine Eltern so alt waren wie ich heute bin, war es für sie zum Beispiel völlig normal, über den Kauf einer eigenen Wohnung nachzudenken. Ich bin heute schon glücklich, dass ich

für die Miete meines WG-Zimmers im Speckgürtel von Berlin keinen Kredit aufnehmen muss.

Seitenlang könnte ich an dieser Stelle auch über die Ungerechtigkeiten unseres Rentensystems schreiben. Uns macht es auch nichts aus, über private Vorsorge nachzudenken. Wir würden nur gerne wissen, wie es weitergehen soll, wenn der Sozialstaat Jahr für Jahr mehr Geld verschlingt. Wie wird meine, wie wird unsere Rente konkret aussehen?

In Nachwahlbefragungen mag der Klimawandel an Dringlichkeit verloren haben. Dennoch wäre es fatal zu glauben, Parteien könnten sich um eine Lösung für diese Metakrise drücken. Es muss beides drin sein: effektive Klimapolitik und ein sicherer Job, ein bezahlbares Auto, ein gutes Leben.

Schon klar, Wahlen werden nicht mit Wählern unter 30 gewonnen. Aber diese Themen nicht zu erkennen oder gar bewusst zu vernachlässigen, wäre eine Bankrotterklärung für Volksparteien.

Ein letzter Ratschlag sei an dieser Stelle erlaubt: Die Publikumsbeschimpfung mag eine charmante Spielart des modernen Theaters sein. Als Politikstil ist sie weniger zu gebrauchen. So egoistisch sind junge Menschen gar nicht. Wir haben eine Menge drauf. Und einiges zu sagen. Wenn man uns ernstnimmt. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Mehr Betriebsvermögen – Anstieg bei Erbschaft- und Schenkungsteuer

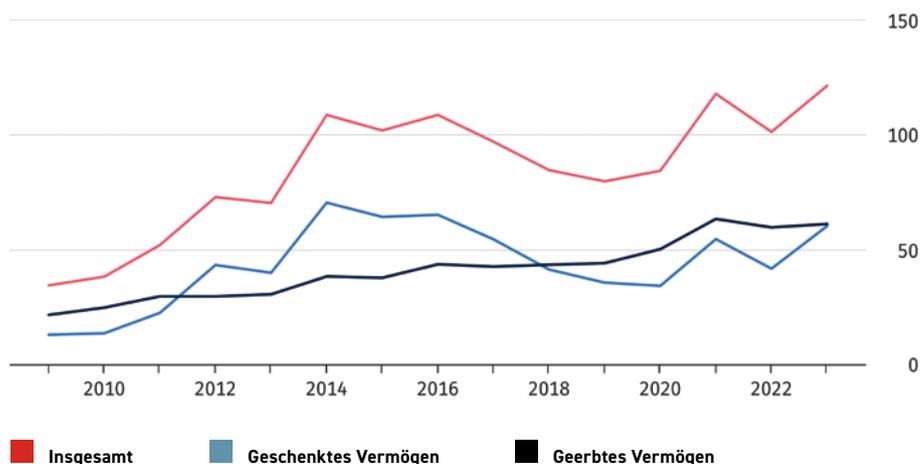
Im Jahr 2023 haben die Finanzverwaltungen in Deutschland Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Schenkungen in Höhe von 121,5 Milliarden Euro veranlagt. Das steuerlich berücksichtigte geerbte und geschenkte Vermögen stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 19,8 Prozent auf einen neuen Höchstwert, meldet das Statistische Bundesamt.

Die im Vorjahresvergleich höheren Festsetzungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer beruhen insbesondere auf einem Anstieg des

übertragenen Betriebsvermögens auf 29,8 Milliarden Euro (+81,3 Prozent). Darunter erhöhte sich das übertragene Betriebsvermögen im Wert von über 26 Millionen Euro (so-

genannte Großerwerbe) von 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 17,1 Milliarden Euro im Jahr 2023 und damit auf das Dreieinhalbfache des Vorjahrs (+257,3 Prozent).

Festgesetztes geerbtes und geschenktes Vermögen
(nach Festsetzungsjahren in Milliarden Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Deutschland bremst Eurozonen-Wirtschaft aus

Die Wirtschaft in der Eurozone ist im Frühjahr leicht gewachsen – das BIP legte zwischen April und Juni um 0,3 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal zu, wie Eurostat mitteilte. Aber: Deutschland ist jetzt nicht mehr die Lokomotive der europäischen Wirtschaft, sondern ihr Bremsklotz.

Denn das deutsche Minus beim BIP von 0,1 Prozent zieht die Eurozone runter. Zum Vergleich: Die Wirtschaft in Frankreich wuchs im selben Zeitraum um 0,3 Prozent, in Italien um 0,2 Prozent, in Spanien gar um 0,8 Prozent. Spitzenreiter war Irland mit +1,2 Prozent. Insgesamt sind 20 Länder Mitglied des Euro-Währungsgebiets.



KI-Einsatz steigt

Die deutsche Wirtschaft setzt stärker auf Künstliche Intelligenz (KI). Gegenwärtig nutzen 27 Prozent der Unternehmen KI. Im Vorjahr waren es noch 13,3 Prozent. Für rund jedes fünfte Unternehmen ist KI gegenwärtig kein Thema, meldet das ifo Institut. In nahezu allen Branchen hat demnach die Anzahl der Unternehmen zugenommen, die KI in ihren Unternehmensprozessen einsetzen. Das berichteten mehr als 33 Prozent in der Autobranche, Elektronikindustrie, Pharmabranche, sowie Textil- und Bekleidungsindustrie. Bei den Dienstleistern stechen insbesondere die Werbung und Marktforschung (72 Prozent) sowie IT-Dienstleister (rund 60 Prozent) hervor. Im Handel nutzen aktuell 22 Prozent der Firmen KI. Die Skeptiker, die derzeit keine Anwendungsmöglichkeiten sehen, finden sich insbesondere im Bausektor (rund 42 Prozent) und die Gastronomie (40 Prozent).

Der Standort Deutschland im Abstiegskampf



Uns läuft die Zeit davon. Wenn sich – wie jetzt – Investoren und Unternehmen vom Standort Deutschland in großem Umfang abwenden, sind Wohlstand und Sicherheit in Gefahr.

Der Wohlstand in Deutschland ist untrennbar verbunden mit dem Wohlergehen der Unternehmen in unserem Land. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, Wohlstand, notwendige Produkte und Dienstleistungen – und sie finanzieren einen Großteil der staatlichen Haushalte.

Mit einem Viertel der deutschen Wertschöpfung und fast jedem vierten Arbeitsplatz, der hier verortet ist, ist besonders die Industrie Treiber für den Erfolg unserer Volkswirtschaft. Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes ist in Deutschland traditionell größer als in den anderen großen Volkswirtschaften der EU. Dabei sind rund 97 Prozent der Industrieunternehmen kleine und mittlere Unternehmen. Von den industriellen Wertschöpfungsketten profitieren alle Unternehmen, auch der Mittelstand und Unternehmen in den nicht-industriellen Sektoren. Im weltweiten Vergleich steht der Standort Deutschland mit seinen Unternehmen gut da. Bisher.

Mit nur rund einem Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaftete Deutschland im Jahr 2023 ganze 3,8 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung (BIP). Die im internationalen Vergleich große Stärke des Standortes Deutschland geht allerdings zurück. Im Jahr 2000 produzierte Deutschland noch 5,6 Prozent des globalen BIP. Ähnlich im Handel. Deutschland ist zwar immer noch für 7,1 Prozent des

Welthandels verantwortlich – im Jahr 2000 waren es aber noch 8,5 Prozent. Seine Stellung als Exportweltmeister hat Deutschland längst an China abgegeben.

Besonders deutlich wird der Bedeutungsverlust des Standortes Deutschland aber, wenn man einen Blick auf die grenzüberschreitenden Investitionen wirft. Weltweit nehmen diese zwar an wirtschaftlicher Bedeutung zu und wachsen global rapide an: Die weltweiten Direktinvestitionen (FDI) sind seit der Jahrtausendwende um das Siebenfache gestiegen. Gleichzeitig aber wird der Standort Deutschland als Zielland für weltweite Investitionen kontinuierlich unbeliebter. Flossen im Jahr 2000 noch 14,6 Prozent der FDI nach Deutschland, waren es im Jahr 2023 gerade einmal noch 2,8 Prozent.

**„Der Kipppunkt
unseres Sozialsystems
ist bald erreicht.
Die Regierung
muss handeln!“**

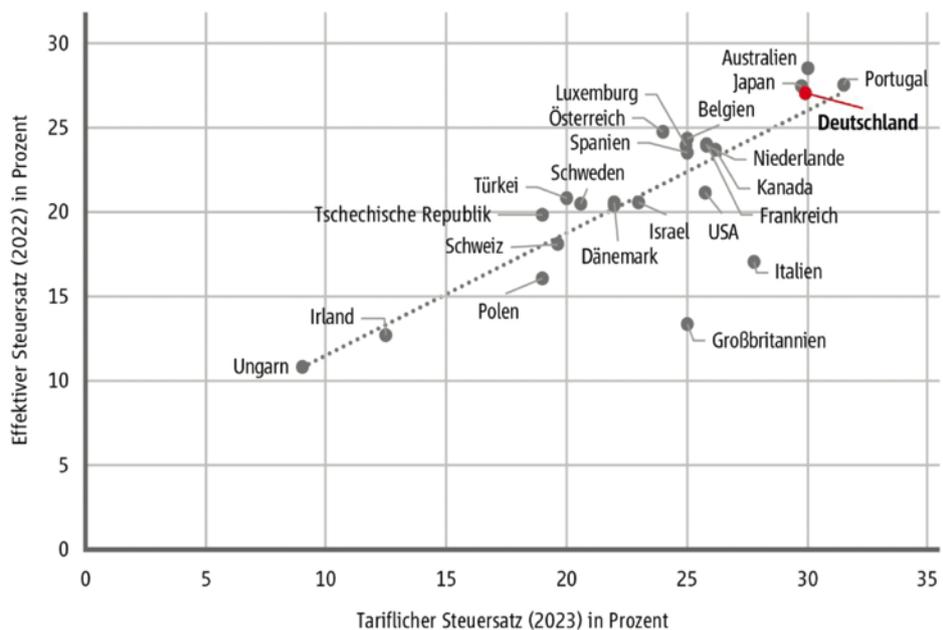
Laut der Unternehmensberatung KPMG fällt das Ansehen des Standortes Deutschland bei ausländischen Investoren rapide, und zwar bei allen erfassten Standortfaktoren. Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) haben ausländische Unternehmen 2023 so wenig wie seit zehn Jahren nicht mehr in Deutschland investiert. Die seit 2021 wiederholt hohen Netto-Abflüsse deuten laut IW sogar auf eine Deindustrialisierung hin. Und laut DIHK lag der Anteil der Unternehmen, die in Kapazitätsaus-

Nominale und effektive Steuersätze für Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich

bau investieren wollen, seit der Finanzkrise nicht mehr niedriger – laut DIHK ein Alarmsignal einer schrittweisen Deindustrialisierung. Ebenso befürchtet die DZ Bank, dass der FDI-Rückgang sowie zunehmende Auslandsverlagerungen eine sinkende Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort bedeuten.

Die Gründe für den Bedeutungsverlust sind vielfältig. Dramatisch ist die absehbare Schieflage der Sozialversicherungssysteme. Ohne tiefgreifende Reformen könnten die Beitragsätze laut dem Verband der Jungen Unternehmer von derzeit insgesamt 40,9 Prozent des Einkommens auf über 50 Prozent im Jahr 2050 ansteigen. Die Gefahr steigt also von Jahr zu Jahr, dass Unternehmen dem Kostendruck im sozialen Bereich ausweichen und dem Standort Deutschland den Rücken kehren.

Das gleiche Bild ergibt sich beim Blick auf die Steuerbelastung. Hier hat unser Standort eine unrühmliche Spitzenposition als Höchststeuerland erreicht. Kapitalgesellschaften werden mit 29,9 Prozent Steuern belastet, im EU-Durchschnitt sind es lediglich 21,1 Prozent. Und gegen den internationalen Trend ist die Steuerbelastung in Deutschland seit 2008 gestiegen. Ein weiteres großes Problem am Standort Deutschland ist die hohe Belastung der Unternehmen mit Büro-



Anmerkung: Angaben für ausgewählte OECD-Länder.
Quellen: OECD 2023; eigene Darstellung.

© Stiftung Familienunternehmen 2024

kratie und Regulierung. Das zeigt nicht nur der dafür zuständige Normenkontrollrat, sondern auch unzählige Umfragen und Studien. Nur ein Beispiel: 56 Prozent der Unternehmen sieht ihre Wettbewerbsfähigkeit durch nationale Klima- und Nachhaltigkeitsregeln belastet.

Ein langfristiger, aber ökonomisch bedeutsamer Trend gegenüber großen internationalen Investoren ist zudem die Schieflage bei der demografischen Entwicklung. Investoren haben die Zukunft im Blick. Weltweite und langfristige grenzüberschreitende Investitionen suchen sich deshalb oft gezielt den Weg in solche Volkswirtschaften, in denen perspektivisch genügend Arbeitskräfte und Konsumenten zur Verfügung stehen. In diesem Bereich hat Deutschland mit zuletzt 1,3 Geburten pro Frau, also einer schrumpfenden Bevölkerung, schlechte Karten bei Investoren. Doch diesen Standortnachteil teilt sich Deutschland mit vielen anderen Industrieländern.

Doch der Wirtschaftsstandort Deutschland leidet nicht nur an hohen Steuern, explodierenden Lohnnebenkosten oder der bedenklichen demografischen Entwicklung. Im kürzlich erschienenen Ranking der wettbe-

werbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt des renommierten International Institute for Management Development (IMD) in Lausanne war Deutschland seit 2021 um ganze neun Plätze von Platz 15 auf Platz 24 abgefallen. Dabei verzeichnete der Standort Deutschland nicht nur in einzelnen, sondern gleich in allen untersuchten Hauptkategorien einen Rückgang.

So liegt Deutschland etwa im Bereich Regierungseffizienz nur noch auf Rang 32 (2021: 23), bei der Wirtschaftsleistung auf Platz 13 (2021: 3). Die befragten deutschen Geschäftsführer sind erheblich pessimistischer geworden. Grund sei nach der IMD-Studie auch die Ampel-Regierung in Deutschland. Nur gut 5 Prozent der befragten Manager halte die Bundesregierung für kompetent, ein geschäftsfreundliches Umfeld sehen in Deutschland nur noch 12 Prozent.

Der Standort Deutschland hat in der Wirtschaft an Ansehen verloren. Lediglich 27 Prozent der CEOs und Unternehmer in Deutschland stellen dem Standort laut einer aktuellen Umfrage von Allensbach im Auftrag der FAZ noch ein gutes Zeugnis aus. Besonders kleine und mittlere Unternehmen leiden unter dem Rückgang der

Thomas Hoppe, Bundesvorsitzender des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER





Nicoleta, Enkatex workwear

#DeinMeinBusiness

Ein starkes Team: Dein Business und unsere Beratung.

Mehr zu unserer persönlichen Geschäftskundenbetreuung erfährst du in deinem Telekom Shop oder am 18. und 19.09. in unserem Kundenhaus auf der DIGITAL X.

Persönliche
Beratung:
auch auf der
DIGITAL X!



Connecting
your world.



Hier mehr
erfahren:

Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der
Stiftung Familienunternehmen



Attraktivität des Standorts Deutschland. Diese Unternehmen sind es, denen Verlagerungen der Geschäftsaktivitäten in andere Länder schwerer fällt als Großunternehmen. Der Mittelstand bewertet den Standort laut einer Umfrage des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) auf einer Skala von -3 bis +3 mit lediglich -2. Eine besondere Herausforderung für mittelständische Unternehmen stellt offensichtlich die Energiewende dar. Nach einer aktuellen Umfrage des Beratungsunternehmens PWC sehen insbesondere bei den energieintensiven kleinen und mittleren Unternehmen 34 Prozent der Führungskräfte ihre Unternehmen aktuell stark gefährdet und lediglich 55 Prozent halten den Standort Deutschland überhaupt noch für zukunftsfähig. Bei der Weiterentwicklung der Standortattraktivität sei Deutschland im internationalen Vergleich das Schlusslicht. Im Bereich Basis-Chemie etwa erwägen schon 32 Prozent der Unternehmen eine Verlagerung ins Ausland.

Auch laut dem IW sinkt die Attraktivität des Standorts Deutschland bei internationalen Wirtschaftsexperten und rangiert bei Montenegro und Albanien. Für 72 Prozent der von diesem

„Es gibt viele Instrumente, um den Standort zu stärken. Doch wie die Forscher zeigen, funktioniert kaum eines so schnell und unkompliziert wie eine Senkung der Körperschaftsteuer. Wenn sie moderat und schrittweise erfolgt, überfordert sie den Staatshaushalt nicht und setzt trotzdem ein Signal des Aufbruchs!“

Institut befragten Experten hat sich der Standort in den letzten zehn Jahren verschlechtert, für einige (6 Prozent) sogar sehr. Rund die Hälfte (48 Prozent) rechnet mit einer weiteren Verschlechterung in den nächsten zehn Jahren, nur 15 Prozent rechnen mit Verbesserung. Und auch Wirtschaftswissenschaftlern aller Herren Länder bewerten den Standort Deutschland im internationalen Vergleich negativ (Schulnote 3,4). Laut einer Umfrage des Ifo-Instituts führen sie häufig auch die Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung als Belastung für den Standort an.

Angesichts des Ansehensverlustes bei Verantwortungsträgern in der Wirtschaft wird deutlich, dass Gefahr im Verzug ist. Der Standort Deutschland befindet sich im globalen Systemwettbewerb im Abstiegskampf. Wenn sich Investoren und Unternehmen nachhaltig abwenden, sind Wohlstand und Sicherheit in Deutschland in Gefahr. Deshalb ist politisches Handeln dringend notwendig.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss wieder gestärkt werden. Aufgabe der Bundesregierung ist es jetzt, die Rahmenbedingungen im Land zu verbessern. Anstatt einzelne Unternehmen oder Branchen selektiv zu fördern, gilt es, die Standortbedingungen für die gesamte industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu verbessern. Wir brauchen so viel Regulierung wie nötig, so wenig Bürokratie wie möglich. Regulierungen, die Unternehmen zusätzlich belasten, müssen gestoppt werden. Außerdem sind tragfähige Staatsfinanzen ein zentraler Standortfaktor für Unternehmen in Deutschland. Die Schuldenbremse ist die im Grundgesetz verankerte Nachhaltigkeit für den Industriestandort Deutschland. ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

Wirtschaftspolitische Kurswechsel **jetzt!**



Deutschland steckt wirtschaftlich in der Krise fest. Licht am Ende des Tunnels? Fehlansage. Während die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal europaweit zulegte, nahm sie in Deutschland ab – und zwar zum vierten Mal in Folge. Das produzierende Gewerbe bleibt weiterhin unter der Leistung des Vorjahres. Der Auftrags-eingang ist rückläufig, die Auftragsbücher werden immer dünner. Die Arbeitslosigkeit wächst, die Insolvenzen nehmen mit zweistelligen Raten zu. Der Standort Deutschland verliert weltweit an Ansehen. Der zentrale Grund ist die Wirtschafts- und Standortpolitik der Ampel-Regierung, die immer neue Probleme schafft. Damit muss Schluss sein. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion fordert eine wirtschaftspolitische Trendwende:

- 1** Die Unternehmenssteuern müssen sinken. Deutschland ist Spitzenreiter bei der Belastung von Unternehmen mit Steuern. Die Steuern für einbehaltene Gewinne sollten auf 25 Prozent reduziert werden, der Solidaritätszuschlag muss endlich abgeschafft werden. Möglichkeiten zum Verlustvor- und -rücktrag müssen ausgeweitet werden.
- 2** Wir müssen Bürokratie abbauen. Berichtspflichten müssen auf den Prüfstand, Genehmigungsverfahren digitaler werden. Vorschläge aus der Wirtschaft zur Bürokratieentlastung müssen endlich ernst genommen werden. Für neue Beschäftigte in der Verwaltung müssen gleichwertige Stellen an anderer Stelle gestrichen werden. Ein großer Teil der Regierungsbeauftragten kann abgeschafft werden.
- 3** Es muss mehr Anreize zum Arbeiten geben. Deutschland leidet gleichzeitig an hohen Sozialausgaben und an Arbeitskräftemangel. Deshalb muss wieder gelten, dass Arbeiten sich lohnen muss. Das klingt logisch, ist aber leider oft nicht die Realität. Die Steuerbelastung muss reduziert werden, indem der Einkommensteuertarif abgeflacht wird. Wer mehr leistet, muss sich auch mehr leisten können. Zuschläge für Mehrarbeit bei Vollzeitbeschäftigten sollten steuerfrei sein. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat, soll steuerfrei dazu verdienen können. Überlegungen aus der Ampel, das Ehegattensplitting abzuschaffen, treten wir entschieden entgegen. Wir brauchen Entlastungen und keine Steuererhöhungen für Familien.
- 4** Fachkräfte müssen gezielt angeworben werden. Neben der Aktivierung inländischer Potenziale müssen wir gezielt um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland werben. Wir setzen auf die Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme.
- 5** Energie muss billiger werden. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und der Netz- und Speicherausbau müssen besser koordiniert werden. Kraftwerke dürfen erst vom Netz gehen, wenn Ersatzkapazitäten in gleicher Höhe sicher sind. Immobilienbesitzer und Handwerker wissen selbst am besten, wie jeweils geheizt werden kann. Das Gebäudeenergiegesetz wollen wir in seiner jetzigen Form zurücknehmen.

Kosten der Energiewende - ein Fass ohne Boden?

Der Netzausbau stockt. Deutschland ist vom Netto-Strom-Exporteur zum Netto-Strom-Importeur geworden. Was jetzt passieren muss



Die Energiewende, so hatte es der damalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin im Jahr 2004 versprochen, werde den Durchschnittshaushalt umgerechnet nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten. Eine Kugel Eis kostete damals im Schnitt 50 Cent.

Dass diese Prognose nicht zu halten sein wird, war bereits damals jedem Ökonomen bzw. Energieexperten klar. Fakt ist, auch wir sprechen heute nicht über Systemkosten von mehreren hundert Millionen Euro, sondern von mehreren hundert Milliarden.

Die Transformation des Energiesystems begann im Jahr 2000 mit dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes unter damaliger rot-grüner Bundesregierung. Kernidee dieses Gesetzes war es, die Gewinnung aus erneuerbaren Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, wirtschaftlich attraktiv zu machen und somit sukzessive die fossilen Energieträger aus dem Markt zu verdrängen.

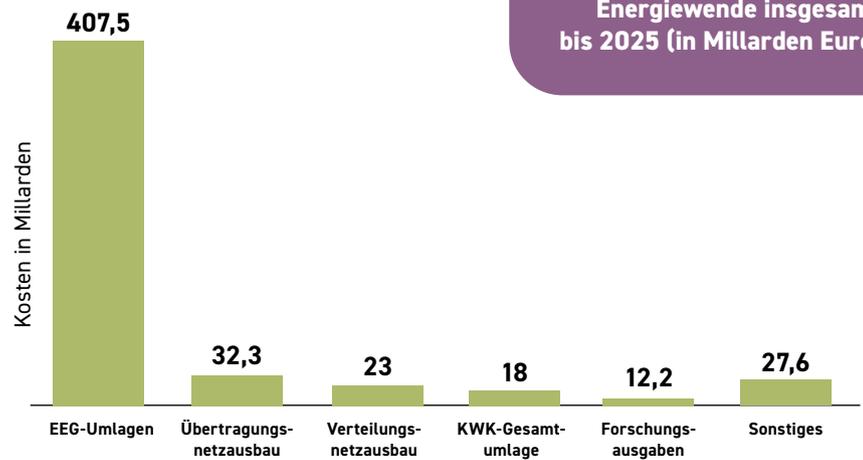
Seitdem wurden insgesamt ca. 500 Milliarden Euro in die Transformation des Energiesystems investiert. Dies entspricht in etwa der Hälfte der jährlichen Steuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland. Doch hat sich diese Investition gelohnt?

Die vermeintlichen Erfolgsmeldungen im Bereich der Energiewende erreichen uns täglich in Funk und Fernsehen. Deutschland erzeuge erstmals mehr als 50 Prozent der Energie aus Wind- und Sonnenkraft. So oder so ähnlich versuchen uns unterschiedliche Interessengruppen zu vermitteln, dass der der größte Teil der Mammutaufgabe Energiewende bereits hinter uns liegt. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Heute decken die sauberen Energien aus Wind- und Sonnenkraft gerade einmal 50 Prozent des Stromverbrauchs und somit etwa ca. 10 Prozent des gesamten

Siegfried Russwurm, Präsident des BDI, in der WELT





Quelle: Handelsblatt; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/899050/umfrage/kosten-der-energiewende/>

deutschen Endenergieverbrauchs. Objektiv betrachtet, bleibt nichts anderes übrig, als das Projekt Energiewende in seiner aktuellen Form als gescheitert zu betrachten.

Denn trotz aller Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten an Land und auf See – immerhin haben wir Stand heute bereits ca. 90 Gigawatt (GW) an Solar- und ca. 70 GW an Windkapazität installiert – sind die Erfolge im gesamten Energiesystem relativ gering. Dies liegt unter anderem an der irrigen Annahme, eine industrialisierte Volkswirtschaft wie die deutsche ließe sich in 20 Jahren zu 100 Prozent auf Strom umstellen.

Der Netzausbau stockt, Deutschland ist vom Netto-Strom-Exporteur zum Netto-Strom-Importeur geworden und die Kosten der Energiewende schnellen immer weiter in die Höhe. Laut dem Bericht des Bundesrechnungshofs zur Energiewende aus dem Jahr 2024 werden bereits die prognostizierten Netzausbaukosten bis zum Jahr 2045 bis zu 450 Milliarden Euro betragen. Dies entspricht dem 10-fachen der bisher getätigten Investitionen im Bereich Netzausbau und Infrastruktur.

Die Frage ist also nicht mehr alleine, ob die Transformation des Energiesystems gelingen kann, sondern wie diese bezahlt werden kann und soll.

Während Strom lediglich 20 Prozent am gesamten Endenergieverbrauch ausmacht, stammen noch immer 80 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie aus den fossilen, molekülbasierten Energieträgern Kohle, Gas und Mineralöl. Es lässt sich also unbestritten sagen, dass die Mammutaufgabe Energiewende noch lange nicht geschafft ist.

Die aktuelle Energiepolitik der Ampelregierung führt aufgrund falscher Prioritäten unter anderem zu höheren Energiepreisen – resultierend aus stetig steigenden Gesamtkosten des Energiesystems in Deutschland. Diese Systemkosten resultieren vordergründig aus kontinuierlich ansteigenden Netzentgelten und proportional übermäßig steigender EEG-Vergütung. Heute wissen wir: Mit einem Anteil von etwa 80 Prozent stellt die EEG-Vergütung den größten Posten bei den bisherigen Kosten der Energiewende.

Im Vergleich dazu wurden lediglich ca. 50 Milliarden Euro in den Ausbau der Übertragungs- und Netzentgelte investiert. Dies rächt sich heute, denn durch die äußerst volatile Einspeisung der hiesigen erneuerbaren Energien ist ein praktikabel ausgebautes Übertragungsnetz Grundvoraussetzung für eine ökonomisch effiziente Nutzung des erneuerbaren Stroms. Dieser nicht vorhandene Netzausbau in Kombination mit dem immer weiter forcierten Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten stellt heute den Flaschenhals für die weitere Energiewende in Deutschland dar.

Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Für kleine und ganz große Aufgaben:

120.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 500 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Li-Ion-Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2



Logistik · Network · Workspace

www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



EBELING

Weil wir's können. **Logistik**

Gebiet	Bruttoertrag		Netto-Profit		Wertschöpfung	
Weltweit		+1385,0 Mrd. € 9%		+47,6 Mrd. € 4%		+300,0 Mrd. € 7%
EU 27	-18,0 Mrd. € -1%			+13,1 Mrd. € 7%		+35,6 Mrd. € 5%
Deutschland	-69,7 Mrd. € -12%		-15,6 Mrd. € -36%		-20,7 Mrd. € -11%	

Quelle: S&P IHS; <https://www.pwc.de/de/energiwirtschaft/energieintensiver-mittelstand-in-deutschland.html>

„Zuallererst müssen wir uns ehrlich machen, was CO₂-freie Energie langfristig kosten wird – nicht nur Wind- und Solarstrom, sondern inklusive der notwendigen Back-up-Kapazitäten, wenn Sonne und Wind nicht liefern. Das sind deutlich mehr als fünf oder sechs Cent pro Kilowattstunde.“

Das Gelingen der Energiewende ist maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft abhängig. Mit Beginn der Coronakrise im Jahr 2021 und dem damit verbundenen Einbruch der Wirtschaftskraft scheint Deutschland nicht mehr aus der Rezession herauszukommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch unbestritten sind die Folgen der seit Jahren verfehlten Energiewende einer der Haupttreiber der Krise.

Denn Energiekosten sind neben der Verfügbarkeit von Arbeitskräften, einem bürokratiearmen Unternehmensumfeld und einer funktionierenden Infrastruktur eines der entscheidenden Kriterien bei der Standortwahl von Unternehmen. Ein Blick auf die aktuellen Indizes der wirtschaftlichen Entwicklung und Konjunkturprognose reicht aus, um den Zusammenhang zwischen Energiepreisen und industrieller Abwanderung zu verstehen. Eine Studie von PWC zum Status quo der Energieintensiven Industrie in Deutschland zeigt auf, dass die Wertschöpfung

in den energieintensiven Sektoren in Deutschland seit 2018 um 11 Prozent zurückgegangen ist. Dies entspricht einem Bruttowertschöpfungsverlust von ca. 20 Milliarden Euro.

Den Mittelstand trifft es hierbei am härtesten, denn im Gegensatz zu großen

global agierenden Unternehmen haben die meist familiengeführten Firmen des Mittelstands keine Möglichkeit, den Rahmenbedingungen in Deutschland auf internationalem Level etwas entgegenzusetzen. Denn um die hohen Kosten und die Nachteile am Standort Deutschland auszugleichen, legen die Großkonzerne hiesige Anlagen still und verlagern deren Produktionsvolumen und etwaige Investitionen einfach an einen Standort im Ausland. Doch für kleinere mittelständische Unternehmen gestaltet sich dieser Schritt aus einer Vielzahl von Gründen schwieriger. Zum einen locken die derzeit besonders attraktiven Standorte China und die USA lediglich Großunternehmen mit besonders guten Investitionsbedingungen an und zum anderen ist die Verwurzelung der familiengeführten Unternehmen meist einfach zu groß, als das eine Verlagerung ins Ausland ernsthaft in Erwägung gezogen wird. Einfach gesagt: Große Unternehmen wandern aus und der Mittelstand stirbt leise vor sich hin.

Die große Unsicherheit im Energiemarkt und die zunehmende Unzuverlässigkeit energiepolitischer Maßnahmen und Instrumente wird daher immer mehr zum Standortrisiko für unsere Volkswirtschaft.

Sollte die Elektrifizierung großer Teile der Volkswirtschaft weiterhin das Ziel der Politik sein, müssen die Unsicherheit bei der Energieversorgung deutlich reduziert, die Kosten der Energiewende gesenkt und die mit der Transformation einhergehende Bürokratie signifikant abgebaut werden. Sollten die Gesamtkosten der Energiewende nicht gesenkt werden, wird dies zwangsläufig zur weiteren Steigerung der Energiepreise führen und somit langfristig zur Einstellung der industriellen Produktion am Standort Deutschland.

Doch wie können wir die Planungssicherheit im Bereich der Energieversorgung steigern? Wie können wir die Kosten der Energiewende reduzieren und somit mittel- und langfristig die Energiepreise am Standort Deutschland senken? Die Antwort ist einfach: Der Energiemarkt muss dereguliert und das Angebot ausgeweitet werden.

Schritt eins ist die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen bei den verschiedenen Energieträgern. Nach über 20 Jahren muss die Förderung der erneuerbaren Energien endgültig eingestellt werden. Das heißt, die EEG-Vergütung von Bestandsanlagen muss auslaufen und neu installierte Anlagen erhalten gar keine Förderung mehr.

Ein zweiter Schritt ist eine absolut technologieoffene Ausgestaltung der energiewirtschaftlichen Regulierung. Das obergeordnete Ziel der Energiewende ist die Versorgung mit CO₂-neutraler Energie. Wie die CO₂-Neutralität dabei erreicht wird, kann und muss dem Gesetzgeber vollkommen egal sein.

Und drittens ist der Abbau der Bürokratie im Energierecht nötig. Im Klartext heißt das: keine nationalen Alleingänge mehr bei der energiewirtschaftlichen Regulierung. Die künftige Energie- und Klimapolitik hat sich 1:1 an den europäischen Vorgaben zu orientieren und diese umzusetzen. ●



Lukas Hanstein
Redakteur
hanstein@mit-bund.de

Anzeige



EBC

E-Rechnung:
Einfach Regulatorik erfüllen
oder **smart 80%** der
Rechnungsprüfung
mit KI **in Sekunden**
erledigen?

Smart Business im Mittelstand
powered by
**Microsoft Dynamics
& Copilot**

www.emrich-bc.com



Deutschland fällt im globalen Wettbewerb zurück

Der Motor unserer Außenwirtschaft stottert. Wie wir gegensteuern können

Mit einem Anteil an der Weltbevölkerung von 1 Prozent generiert Deutschland etwa 7 Prozent des Welthandels. Waren im Wert von 1,6 Billionen Euro gingen 2023 ins Ausland. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Und auch viele deutsche Mittelständler sind auf dem Weltmarkt erfolgreich. 333 000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) exportieren Waren oder Dienstleistungen, 213 000 in Länder außerhalb der EU. Nicht wenige dieser Unternehmen sind als Hidden Champions Weltmarktführer in ihren jeweiligen Nischenmärkten.

Und nicht nur über unsere Exporte sind wir in Deutschland international verflochten. Im Jahr 2023 wurden Waren im Wert von 1,4 Billionen Euro aus dem Ausland importiert, pro Tag über 3 Milliarden Euro. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland besonders abhängig vom freien Zugang zu Handelswegen. Hinzu kommt die Abhängigkeit der Industrie von ausländischen Vorprodukten. Die internationale Ausrichtung unserer Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Die Außenhandelsquote – also der Außenhandel im Verhältnis zum BIP – hat sich seit der Jahrtausend-

wende auf über 90 Prozent annähernd verdoppelt.

Eng international verflochten ist Deutschland wirtschaftlich neben dem Handel außerdem über grenzüberschreitende Investitionen. Sie sind für das deutsche Wirtschaftsmodell von außerordentlicher Bedeutung. Im Ausland arbeiten fast 8 Millionen Arbeitnehmer für Unternehmen in deutscher Hand – das sind ebenso viele Arbeitnehmer wie die deutsche Industrie im Inland beschäftigt. Andersherum sind ausländische Investoren bei uns für mehr als 3 Millionen Arbeitsplätze verantwortlich.

Doch der Außenwirtschaftsmotor läuft alles andere als rund. Die Auslandsinvestitionen sind rückläufig. Und die Entwicklung des Handels der letzten Monate ist mehr als ernüch-

ternd, findet auch Volker Treier, Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK): „Der Blick auf die Außenhandelsbilanz muss die Standortpolitik wachrütteln: Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, unserer Produkte und unseres gesamten Wirtschaftsstandortes ist in Gefahr.“ In den ersten sechs Monaten 2024 sind unsere Exporte im Vorjahresvergleich um 1,6 Prozent gesunken. Ein gefährlicher Trend für das Außenwirtschaftsland Deutschland.

Deutschland hat keine Zeit zu verlieren, um seine Position in der globalen Wirtschaft zu festigen. Denn der globale Systemwettbewerb zwischen Autokratien und Demokratien spitzt sich zu. Sowohl die USA als auch das aufstrebende China verfolgen Strategien, die eine Blockbildung der Weltwirtschaft begünstigen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen laufen Gefahr, Spielball von Protektionismus und wirtschaftlichem Nationalismus zu werden.

Das Befeuern von Handelskonflikten ist nicht im Interesse Deutschlands. Gleichzeitig wird es immer wichtiger, das Wirtschaftsmodell einer international stark eingebundenen Volkswirtschaft zukunftsfest zu gestalten. Außenwirtschaftspolitik bedeutet dabei mehr als Freihandel und die Öffnung von Auslandsmärkten. Sie umfasst auch die Gewährleistung von Versorgungssicherheit, Entwicklungspolitik, den Schutz von Handelswegen, Außenwirtschaftsförderung, Exportkontrollen, Anwerbung und Schutz von Auslandsinvestitionen oder die Gewährung von Sicherheiten

Dr. Dirk Jandura



„Der Blick auf die Außenhandelsbilanz muss die Standortpolitik wachrütteln: Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, unserer Produkte und unseres gesamten Wirtschaftsstandortes ist in Gefahr.“

für Exporte und Auslandsinvestitionen. Leider ist die EU weit davon entfernt, als schlagkräftiger Global Player auf der internationalen Bühne auftreten zu können. Die Bundesregierung muss eine Führungsrolle einnehmen, um Europa auch angesichts sich verschärfender Konflikte zwischen China und den USA zu einen. Die EU muss viel geschlossener auftreten als bisher und belastbare Bündnisse mit Wertepartnern bilden.

Darüber hinaus muss die EU neue Märkte im Ausland öffnen. Bewährtes Instrument ist neben der WTO der Abschluss von Handelsabkommen. Vorrangiges Ziel muss dabei die größtmögliche Öffnung von Auslandsmärkten und ein belastbarer Schutz von Auslandsinvestitionen sein. In den letzten Jahren war die EU-Handelspolitik ziemlich enttäuschend. Das findet auch BDI-Präsident Siegfried Russwurm: „In der Handelspolitik sind Fortschritte zu sehen, allerdings geht es noch zu mühselig voran. In einem rauen internationalen Umfeld ist Europa mehr denn je auf stabile Partnerschaften angewiesen. Europa muss mehr Handelsabkommen schließen, um seinen Wohlstand zu sichern.“

2009 bekam die EU die Kompetenz übertragen, Freihandelsabkommen abzuschließen. Jedoch: Ganze 26 Abkommen, die seitdem angestoßen

wurden, kamen bis heute nicht zum Abschluss. Verhandlungen ziehen sich endlos hin, werden unterbrochen oder gar abgebrochen. Mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten wird seit 24 Jahren verhandelt. Das beschäftigt Bürokraten, Verbände und Unternehmen unnötig, ohne Fortschritte zu bringen. „Wer unsere Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft sichern will, muss neue Handelsabkommen deutlich schneller ratifizieren“, sagt Dr. Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel (BGA).

Handelsabkommen müssen deshalb künftig so zugeschnitten sein,

dass Abschlüsse in Sichtweite kommen. Außen-, umwelt-, klima- und sozialpolitische Ziele sowie der Schutz von Menschenrechten sind vorrangig über diplomatische Bemühungen und durch den Abschluss spezifischer Abkommen zu verfolgen.

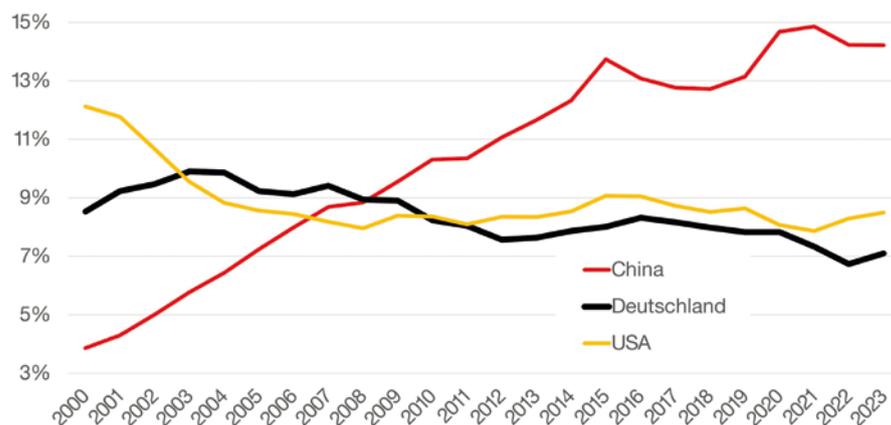
Gerade angesichts des ungewissen Ausgangs der Präsidentschaftswahlen in den USA muss sich die Bundesregierung außerdem mit aller Kraft für eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA einsetzen. Der russische Überfall auf die Ukraine und der sich verschärfende Systemwettbewerb mit China haben noch deutlicher gemacht, wie wichtig die wirtschaftliche Bindung zum Wertepartner USA ist.

Schließlich zeigen der russische Überfall auf die Ukraine genauso wie der Systemwettbewerb mit dem autoritären China, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen mit Autokratien grundlegend geändert haben. Die Bundesregierung muss die Stellschrauben unserer marktwirtschaftlichen Ordnung im Einklang mit ordnungspolitischen Prinzipien an diesen Wettbewerb anpassen. ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

Welthandel: Deutsche Exporte verlieren an Bedeutung Anteil an weltweiten Exporten (Prozent)



Quelle: MIT/UNCTAD Datenbank

„Die Sozialdemokraten haben die Reformen der Vergangenheit rückabgewickelt“

Lars Feld erklärt im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg die Bedeutung der Schuldenbremse und die Rolle der CO₂-Bepreisung.





Fabian Wendenburg: Wie ist Ihr Blick auf den Standort Deutschland im Jahr 2024, und welche Perspektiven hat er?

Lars Feld: Bei der Standortdiskussion vermischen sich strukturelle und konjunkturelle Aspekte. Derzeit erleben wir, wie in den 1970er Jahren, Stagflation, also Stagnation plus Inflation – wenngleich die Inflation rückläufig ist.

Konjunkturell sehe ich derzeit wenig Aussicht auf Dynamik. Die Investoren halten sich zurück, Konsumentinnen und Konsumenten sind verunsichert, vom Außenhandel gehen kaum Impulse aus. Strukturell stellen wir fest, dass deutsche Unternehmen sich einem toxischen Gemisch zu hoher Kosten gegenübersehen: Bei Arbeitskosten, Energiekosten und Steuern sind wir in der Spitzengruppe. Die Regulierungskosten gehören zu den höchsten in der Welt. In diesen vier Dimensionen muss dringend etwas passieren.

Diese Bundesregierung wird hoffentlich bei den Regulierungskosten noch zu Entlastungen kommen. In der Steuerpolitik erwarte ich allenfalls minimale Fortschritte. In der Energiepolitik sehe ich nicht den Game-Changer, der uns kurzfristig hilft – ebenso wenig bei den Arbeitskosten. Dann kommen die großen Herausforderungen Demografie und Klimaschutz: Die Demografie treibt die Arbeitskosten, der Klimaschutz treibt über den CO₂-Preis die Energiekosten. Umso wichtiger sind Fortschritte bei den Unternehmenssteuern und den Regulierungskosten. Dort haben wir einen echten Hebel.



Welche weiteren Wachstumstreiber und -hemmnisse sehen Sie?

Um mehr Wachstum in Deutschland zu erzeugen, bräuchten wir vor allem mehr Innovation. Aber eine alternde Bevölkerung ist weniger innovationsfähig. Das liegt nicht daran, dass den alten Menschen die Ideen ausgehen. Aber die kognitiven Fähigkeiten der Menschen sind in den 20er Jahren

„Bei Arbeitskosten, Energiekosten und Steuern sind wir in der Spitzengruppe. Auch die Regulierungskosten sind zu hoch.“

eines Lebens am stärksten ausgeprägt. Sie nehmen dann zunächst langsam, aber nachher stärker ab. Das kann eine alternde Bevölkerung durch Erfahrungswissen kompensieren. Erfahrungswissen wird durch Innovation aber strukturell bedroht. Das heißt: Für Innovationen müssen wir Widerstände überwinden. Und wir haben noch keinen guten Weg gefunden, mit dieser Herausforderung umzugehen.

Stichwort Demografie: Ich würde gerne auf das Thema Rente kommen. Das Rentenpaket II haben sie als „toxisch“ beschrieben. Ist das Paket der Offenbarungseid, dass wir derzeit zu wirklichen Reformen bei der Rente nicht in der Lage sind?

Der Titel des Jahresgutachtens vom Sachverständigenrat 2013/2014 lautete „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“. Für das Folgegutachten hatten wir den Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“ gewählt. Stattdessen haben vor allem die Sozialdemokraten die Reformen der Vergangenheit Schritt für Schritt rückabgewickelt. Das betrifft den Arbeitsmarkt und die Rentenpolitik. Das Renten-

Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Fabian Wendenburg traf Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld





Lars P. Feld, Jahrgang 1966, hat seit 2010 den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg inne und ist Direktor des Walter Eucken Instituts. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes wurde er 1999 an der Universität St. Gallen promoviert und habilitierte sich dort im Jahr 2002. Von 2002 bis 2006 war Feld Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg; von 2006 bis 2010 hatte er den gleichnamigen Lehrstuhl an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg inne. Seit 2003 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. Feld von 2011 bis 2021 Mitglied sowie im abschließenden Jahr Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und vertrat diesen von 2013 bis 2021 im Unabhängigen Beirat des Stabilitätsrats. Im Februar 2022 hat ihn Bundesfinanzminister Christian Lindner zum „Persönlichen Beauftragten des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung“ ernannt.

paket II setzt nun mit einer neuen, höheren Haltelinie den Nachhaltigkeitsfaktor aus. Der Nachhaltigkeitsfaktor ist wichtig, weil er dafür sorgt, dass die Renten etwas weniger steigen als die Löhne, aber immer noch höher steigen als die Inflation. So gibt es mehr als einen Kaufkraftausgleich. Zugleich leisten die Rentnerinnen und Rentner im Sinne der Generationengerechtigkeit ihren Beitrag für die Bewältigung der demografischen Probleme im Rentensystem. Durch Beitragserhöhungen und den Steuerzuschuss sind diese Lasten auf mehrere Schultern verteilt. Doch nun wird der Nachhaltigkeitsfaktor rückabgewickelt. Das sorgt zukünftig für Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung, die durch höhere Beitragssätze und höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssten.

Der Einstieg in die kapitalgedeckte Rente im Rentenpaket II ist wichtig, aber dazu hätte man das Schweden-Modell nehmen müssen: Dort werden die Mittel individuellen Rentenkonten so zugerechnet, dass sie wie einkommensähnliche Ansprüche abgesichert sind. Das ist hier nicht geschehen. Zudem hilft dies nicht gegen die neue Haltelinie und die Abwicklung des Nachhaltigkeitsfaktors. Bei der Rente müssen wir in den kommenden Jahren also kräftig aufräumen.

Spätestens seit dem Verfassungsrechtsurteil vom November 2023 ist deutlich geworden, dass es Veränderungen im Bundeshaushalt geben muss. Wo sehen Sie Sparpotenzial?

Die Ausgangsfrage ist: Was ist ökonomisch richtig? Wenn wir die Unternehmen steuerlich entlasten wollen, muss man das gegenfinanzieren – und zwar nicht über Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer oder der Umsatzsteuer. Also müssen wir konsumorientierte Ausgaben in den Blick nehmen, zu denen auch Transferleistungen gehören. Investive Ausgaben hingegen haben eine hohe Priorität.

Eine Herausforderung besteht darin, dass es in unserer föderalen Struktur unterschiedliche Schwerpunkte gibt: Die Gemeinden tätigen mehr Investitionen, der Bund tätigt mehr Transfers. Und wenn wir deswegen über den Bundeshaushalt reden und eine Umsteuerung in Richtung Investitionen wollen, dann kommt man an einer Kürzung auf der Transferseite nicht vorbei.

Was meinen Sie konkret?

Wir dürfen die Rente und das Bürgergeld nicht aus den Reformen ausnehmen. Kurzfristig wird es aber darum gehen, in anderen Transferbereichen Kürzungen vorzunehmen. Ich sehe dies vor allem in der Familienpolitik. Viele Programme führen nur zur Umverteilung innerhalb der Mittelschicht, und die Effekte, die man erzielen will, treten nicht oder kaum ein. Dann sollte man hier über Kürzungen reden.

Wir als MIT stehen – wie Sie – sehr klar zur Schuldenbremse. Können Sie angesichts der Kritik an der Schuldenbremse und angesichts der vielen Reformvorschläge darlegen, warum Sie die Schuldenbremse in der jetzigen Form für so wichtig halten?

In der Politik gibt es eine inhärente Tendenz dazu, mehr Geld auszugeben, als man eigentlich zur Verfügung hat. Deswegen braucht man glaubwürdige Fiskalregeln, die eine Bindungswirkung haben. Deswegen gibt es diese Fiskalregeln schon sehr lange, in Deutschland spätestens seit dem Kaiserreich. Und eine Schuldenbremse gibt es nicht nur in Deutschland, sondern etwa auch in der Schweiz, in Brasilien oder in den US-Bundesstaaten.

Die Schuldenbremse sorgt dafür, dass es Generationengerechtigkeit gibt und dass schwere Fälle der unso-

liden Finanzpolitik nicht durchschlagen, also etwa Zahlungsausfälle oder Hyperinflationen. So weit sollte es nicht kommen; Deutschland hat keine dramatische Verschuldung. Gleichwohl schränkt der Schuldendienst die Handlungsfähigkeit des Staates auch bei uns ein. Durch die höheren Zinsen hatten wir im Haushalt 2023 rund 40 Milliarden Euro Zinslast statt vier Milliarden Euro in 2021. Da man nicht darauf bauen kann, dass die Zinsen wieder auf Null sinken, müssen wir unsere Schuldsituation im Griff behalten, um Haushaltsspielräume zu erhalten.

Zudem ist der öffentliche Haushalt eine Art gemeinsame Ressource, vergleichbar einer Allmende. Unterschiedliche Anspruchsgruppen greifen darauf zu, so dass eine Übernutzung entsteht, die zu höherer Verschuldung führt, wenn man sie nicht durch Schuldengrenzen in den Griff bekommt.

Alternativ steht die Idee neuer Sondervermögen im Raum. Sehen Sie einen Grund oder eine Rechtfertigung für neue Sondervermögen?

Als die Schuldenbremse verabschiedet worden ist, hat man aus dem alten Grundgesetz-Artikel 115 die Möglichkeit gestrichen, sich über Sondervermögen zusätzlich zu ver-

schulden. Insofern finde ich, dass es richtig ist, die Sondervermögen unter der Schuldenbremse zu behandeln. Das heißt: Man kann über ein Sondervermögen eine Zweckbindung herstellen, aber damit nicht die Verschuldungsspielräume zusätzlich erweitern.

Durch den Ukraine-Krieg gab es 2022 eine Sondersituation, auf die wir sehr schnell reagieren mussten, um eine abschreckende Signalwirkung in Richtung Russland auszusenden. Deswegen brauchte man das Sondervermögen für die Bundeswehr in dieser Gestalt. Darüber hinaus würde ich kein weiteres Sondervermögen an der Schuldenbremse vorbei einrichten. Alles, was wir im Rahmen der Schuldenbremse an Sondervermögen haben, ist ja dort erfasst.

Hier wird aber schnell ein Gegenargument in die Debatte eingebracht: Wie sollen wir die Transformation finanzieren? Reichen da die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung? Wie sieht Ihre Antwort aus?

Zunächst: Der Begriff „Transformation“ gefällt mir nicht. Dahinter steckt die Vorstellung, die Unternehmen mit Investitionslenkung in eine bestimmte Richtung zu drängen. Das hat mit Marktwirtschaft eigentlich nichts mehr zu tun. Wir müs-

Anzeige



Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland





sen aber durchaus ambitioniert Klimaschutz betreiben, und dafür muss man stärker auf die CO₂-Bepreisung setzen. Entscheidend ist: Klimaschutz hat eine internationale Dimension.

Wir brauchen also flankierend eine internationale Regelung. Ich sehe „Klimazölle“ mit dem „Carbon Border Adjustment“-Mechanismen skeptisch und hoffe, dass die EU zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit damit nur ein Drohpotential aufbaut, was nie genutzt werden muss. Denn meine Hoffnung ist, dass man Klimaschutz mit einer CO₂-Bepreisung international und dabei vor allem in den drei großen Emissionsräumen EU, USA und China koordiniert.

Das ist möglich. Aber diese Koordinierung kriegen wir nicht mit Ordnungsrecht und Subventionen hin. Die schaffen wir eigentlich nur mit einem solchen Fokuspunkt wie dem Mindestpreis für CO₂. Und dann hilft die CO₂-Bepreisung sehr. Sie setzt den Anreiz, dort einzusparen, wo es am günstigsten ist. Sie setzt den Anreiz, Innovation zu generieren, neue Technologien, und zwar solche, die wir noch gar nicht kennen. Und sie schafft die Möglichkeit für internationale Koordination. Und schließlich: Der Staat erzielt Einnahmen und hat keine Ausgaben. Diese Einnahmen muss man einsetzen, um sozialverträglich zu kompensieren. Dabei bevorzuge ich Steuersenkungen gegenüber dem Klimageld.

Ihrem Plädoyer für marktwirtschaftliche Instrumente und gegen Subventionen werden oft zwei Argumente entgegengehalten. Erstens das Argument, Abhängigkeiten reduzieren zu müssen, indem man in Deutschland Kapazitäten mit Subventionen hält oder aufbaut. Zweitens: Politischer Populismus entstehe in so genannten „Transformationsregionen“, also dort, wo die industrielle Basis wegzubrechen droht. Wie stehen Sie zu diesen beiden politischen Argumenten für eine lenkende Industriepolitik?

Die Argumente für Industriepolitik sind vielfältig, weil es natürlich für Politiker sexy ist, viel Geld in die Hand zu nehmen, um für die Wirtschaft etwas zu tun. Aber das kann nicht das Ziel vernünftiger Wirtschaftspolitik sein.

Hinter dem Abhängigkeits-Argument steht die Vorstellung, dass der Staat die Technologien der Zukunft, die Branchen der Zukunft, die Unternehmen der Zukunft identifiziert und sie am Leben erhält. So wird im Bundeswirtschaftsministerium derzeit gedacht. Ich sehe aber nicht, dass der Staat die Technologien der Zukunft identifizieren könnte. Aktuell sehen wir dies bei Batteriezellen und Mikrochips, in der Corona-Krise war es die Fehlinvestition in Curevac. Es gibt eine Schnittstelle, an der neue Technologien mit dem

militärischen Komplex verbunden sind. Die USA haben gezeigt, dass sie in diesem Bereich Innovation generieren, die nachher auch in eine zivile Nutzung führen. Aber in Deutschland besteht genau für diesen Bereich keine Bereitschaft zu staatlichem Engagement. Die Bundesregierung hat dies im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr sogar ausgeschlossen. Da der Staat für die Landesverteidigung zuständig ist, verstehe ich im Grundsatz, dass er hier die Innovationen in Kooperation mit den Unternehmen steuern möchte. Aber es ist der einzige Bereich, in dem ich das sehe.

Mit Blick auf das Thema Resilienz hat die Corona-Krise doch gezeigt, dass trotz all der Unterbrechungen von Lieferketten schnell Ersatz produziert werden konnte. Unsere Marktwirtschaften sind weltweit flexibel, wenn es darum geht, eine besondere Nachfrage abzudecken. Insofern ist Resilienz dadurch hergestellt, dass man international diversifiziert und nicht abhängig von einem einzelnen Zulieferer ist. Das führt durchaus zu Kosten für die Unternehmen, aber es ist auch eine Absicherungsstrategie.

„Der Einstieg in die kapitalgedeckte Rente im Rentenpaket II ist wichtig, aber dazu hätte man das Schweden-Modell nehmen müssen.“

Mit Blick auf die Stärkung einzelner Regionen habe ich es immer für sinnvoller erachtet, den Gebietskörperschaften auf der regionalen Ebene Instrumente an die Hand zu geben, in einen direkten Steuerwettbewerb einzutreten. Damit kann man Ansiedlungspolitik ohne Subventionen betreiben. Das sehen wir auch in den USA: Strukturell schwächere Regionen werden dann attraktiver, wenn sie steuerliche Instrumente einsetzen. Das Argument, dass wir die demokratischen Kräfte mit Transfers stärken, ist nicht belegt. Es gibt zwar Evidenz, dass Austerität eine politische Auswirkung hat, also zum Beispiel das Brexit-Votum mitbefördert hat. Aber in Großbritannien handelte es sich um wirkliche Austerität im Sinne von Kürzungen. In Deutschland geht es doch immer nur um Mindersteigerungen.

Letzte Frage: Sie sind Universitätsprofessor, Politikberater und Podcaster, haben also ein breites Publikum für ihre ökonomischen Thesen. Wie groß ist die Zustimmung für Ordnungspolitik heute in Deutschland? Politisch und in der Öffentlichkeit ist Ordnungspolitik immer breit diskutiert und präsent. Da kann ich mich nicht beklagen.

Vielen Dank für dieses Gespräch.



„Um Neues zu entwickeln, brauche ich eine sichere wirtschaftliche Basis. Die schaffe ich gemeinsam mit meiner Steuerberaterin.“

Armin Machhörndl, Kaffeerösterei Machhörndl

Als Unternehmer ist es nicht immer einfach, das Richtige zu entscheiden. Ihre Steuerberatung berät Sie kompetent und auf der Basis aktueller Geschäftszahlen. Gemeinsam schaffen Sie so die Grundlagen für sichere Entscheidungen und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.



gemeinsam-besser-machen.de





NEUES FORMAT AN LEGENDÄREM ORT

„Comer Wirtschaftsgespräche“ von MIT und INSM

Im Juni fanden auf dem Gelände der historischen Sommerresidenz des früheren Bundeskanzlers Konrad Adenauer die ersten Comer Wirtschaftsgespräche der MIT und der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) mit ca. 50 hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen drängende Themen wie Rezession, Inflation und globale Herausforderungen, die während der Tage in verschiedenen Panels und Diskussionsrunden besprochen wurden.

Der Tagungsort ist für die CDU ein ganz besonderer Ort. Die Villa La Collina in Cadenabbia am Comer See wird

seit 1977 von der Konrad-Adenauer-Stiftung betrieben und ist seit 2004 sogar eine sogenannte Erinnerungsstätte von nationaler Bedeutung. Konrad Adenauer verbrachte hier gerade gegen Ende seiner Kanzlerschaft immer wieder seine Urlaubszeit. Die Bilder vom Boccia spielenden Adenauer sind bis heute legendär. Am Ufer des Comer Sees erinnert eine Statue bis heute an diese Zeit.

Aber auch in jüngster Vergangenheit ist dieser Ort immer wieder Treffpunkt für vertrauensvollen Austausch – hier tagte etwa die Grundsatzprogramm-Kommission der CDU. Und: Das neue Türkis der CDU heißt offiziell

„Cadenabbia-Blau“. Konrad Adenauer galt zudem immer auch als Förderer des Mittelstands. So sagte er einmal: „Gerade der Mittelstand, der Inbegriff der mittleren Existenzen, ist das beste Fundament für ein geordnetes demokratisches Staatswesen.“

In diesem Sinne brachten die Comer Wirtschaftsgespräche eine Gruppe von Vorständen und Geschäftsführern aus dem Mittelstand zusammen, begleitet von Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft. Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich in inspirierender Atmosphäre über zentrale Themen auszutauschen, die die wirtschaftliche und politische Landschaft derzeit prägen.



Führten durch die Veranstaltung: Fabian Wendenburg (Hauptgeschäftsführer MIT), Gitta Connemann und Thorsten Alsleben (Hauptgeschäftsführer INSM, v.l.n.r.)

Neben den Diskussionen um die Themen Energiesicherheit, Steuern und Infrastruktur debattierte man auch über den Ausgang der Europawahl sowie über Lösungen zum Fachkräftemangel und die Zukunft der Rente. Die Diskussionen starteten immer mit einem Impuls aus der Wissenschaft und wurden anschließend erst im Panel und im Plenum diskutiert.

Am Eröffnungsabend folgte ein Gespräch mit CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann, an welches sich ein Grillbuffet sowie das Public Viewing des EM-Eröffnungsspiel Deutschland – Schottland anschloss. Auch die FDP schaute vorbei, denn deren Generalsekretär Bijan Djir-Sarai und unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann stellten sich den Fragen von WELT-Journalist Ulf Poschardt.

Abgerundet wurde dieses Zusammentreffen mit einem sommerlichen Dinner inklusive Vortrag des „Hausheer“ Heiner Enterich und durch die Begleitung eines Jazz Trios. Am Ende gab es eine Bootstour über den Comer See nach Bellagio. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren von der Tagung sehr angetan. MIT und INSM planen aktuell die Fortsetzung dieses Formats im nächsten Jahr.



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur
juengling-dahlhoff@mit-bund.de



2

1. Malerischer Austragungsort mit Tradition: Villa La Collina in Cadenabbia am Comer See

2. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann im Gespräch mit Teilnehmern

3. Gut gelaunt auf dem Comer See: Klaus Wiener, Vorsitzender der MIT-Kommission Wirtschaft/Innovation/Forschung/Bildung

4. Heiner Enterich, Geschäftsführer der Villa La Collina & Accademia Konrad Adenauer

5. Versierter Moderator: WELT-Chef Ulf Poschardt

6. Bijan Djir-Sarai, FDP-Generalsekretär

7. Statue von Konrad Adenauer am Ufer des Comer Sees

8. Start und Ziel toller Ausflüge: Anleger für die Bootstour in Cadenabbia



3



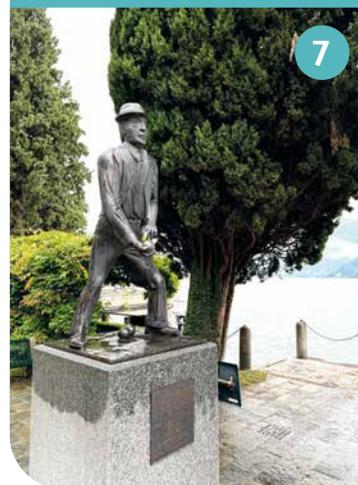
4



5



6



7



8



Alle sagen, wir brauchen Lit warum eigentlich

Die Europäische Union und Serbien wollen gemeinsam eines der größten Lithium-Vorkommen Europas im westserbischen Jadar-Tal erschließen. Es geht um eine Milliarden-Chance für den Standort Europa.

Was genau ist Lithium?

Lithium ist ein Leichtmetall aus der chemischen Gruppe der Alkalimetalle. Es wird aus Salz- beziehungsweise Thermalwasser gewonnen. Dabei wird dieses aus dem Boden gepumpt, das Lithium herausgefiltert und das gefilterte Wasser anschließend wieder zurückgeführt. Die größten Produzenten sind Australien, China und Chile.

Warum ist Lithium so wichtig?

Ohne dieses Leichtmetall gibt es keine Energiewende, denn Lithium wird vor allem für die Produktion von E-Auto-Batterien genutzt, aber man findet es auch in Computer- und Handyakkus. Der globale Lithiumbedarf stieg von 40.000 Tonnen im Jahr 2015 auf 134.000 Tonnen im Jahr 2022. Laut der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wird die Nachfrage nach Lithium bis zum Jahr 2030 weltweit dreimal so hoch sein wie die zu erwartende globale Gesamtproduktion.

Warum reden jetzt alle über Lithium?

Serbien verfügt über die größten Lithium-Vorkommen Europas. Diese sollen nun in einer Rohstoffpartnerschaft mit der EU erschlossen werden. Nach Schätzung des Unternehmens Rio Tinto

Lithium - ?



kann das geplante Bergwerk jährlich 58.000 Tonnen Lithium produzieren. Das würde laut Medienberichten den Bedarf von 1,1 Millionen Elektrofahrzeugen decken, was etwa 17 Prozent der europäischen Produktion entspreche. Nachdem die EU und Serbien die Absichtserklärung zur Förderung unterzeichnet hatten, kam es jedoch zu massiven Protesten in Serbien, bei denen Umweltschützer auf die Gefahren der Lithium-Förderung hinwiesen. Es bleibt also spannend.

Was passiert zu dem Thema in Deutschland?

Es gibt Lithium-Extraktionsanlagen an den Geothermie-Kraftwerken in Bruchsal sowie in Insheim und Landau. Sie gewinnen Lithium aus dem hochgepumpten Thermalwasser des Oberrheingrabens. Dort gibt es in tief liegenden Reservoirs Lithium-Konzentrationen von 160 bis 200 mg/l. Laut Kalkulationen soll sich allein aus der Geothermie-Anlage in Bruchsal Lithium für etwa 20.000 Autobatterien pro Jahr gewinnen lassen. Das mag nicht überragend viel sein – es wäre aber ein wichtiger Schritt.

Worin liegt die geopolitische Bedeutung von Lithium?

Ein Drittel des weltweiten Lithium-Vorkommens wird von China kontrolliert. Das ist zu viel. Durch den „Critical Raw Materials

Act“ von 2023 hat sich die EU verpflichtet, eine größere Unabhängigkeit bei der Lieferung von strategisch wichtigen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und seltenen Erden, vor allem von China, anzustreben. Dafür sollen unter anderem verstärkt Vorkommen in Europa genutzt werden. Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, wie fatal die einseitige Abhängigkeit von Energie und Rohstoffen sein kann. Dies gewinnt auch angesichts eines möglichen Konflikts zwischen China und Taiwan zusätzliche Relevanz. ●



Moritz Maihöfer
Redakteur
maihoefer@mit-bund.de

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chef vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Dr. Christoph Sprich
Lukas Hanstein
Lars Jüngling-Dahlhoff
Moritz Maihöfer

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Heinrich Rentmeister
Projektleitung: Sonja Bachmeiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Druckauflage:

26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.

© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Alte, neue Kommissionspräsidentin

Die Wahl Ursula von der Leyens zur Präsidentin der Europäischen Kommission ist ein wichtiges Zeichen der Stabilität in herausfordernden Zeiten. Die mit absoluter Mehrheit bestätigte Kommissionspräsidentin stellte in ihrer Rede im Europäischen Parlament ihre politischen Prioritäten für die Legislaturperiode 2024-2029 vor. Ein Kurswechsel hin zu unternehmensfreundlicher EU-Gesetzgebung ist zu erwarten. Nicht nur nahm Frau von der Leyen KMU als Herzstück der europäischen Wirtschaft in den Blick, sondern brachte auch Vorschläge zu günstigerer Energie, einem europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunft des Binnenmarktes. Die weiteren Ankündigungen zu schnelleren Genehmigungen, mehr Innovationen, Investitionen und der Vollendung der Kapitalmarkt-Union brauchen über alle Hierarchien hinweg entsprechende politische Priorisierung. Die Wirtschaft und speziell unser Mittelstand brauchen Handlungsspielraum! Der neu angekündigte Industrieplan muss daher Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang bringen. Einfache Regulierung und Verhältnismäßigkeit müssen der Einzelbetrachtung von Politikbereichen weichen.



Neue Auflagen für Unternehmer

Mit der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte soll mittels unternehmerischer Sorgfaltspflichten das Ziel entwaldungsfreier Lieferketten sichergestellt werden. Betroffen sind bestimmte Rohstoffe und Erzeugnisse, wie Kaffee, Kautschuk, Rinder, Holz, Leder oder Möbel, die nur dann ein- und ausgeführt werden dürfen, wenn sie nicht mit Waldschädigung in Verbindung stehen. Die Verordnung ist ab dem 30. Dezember 2024 anzuwenden und gilt für alle Unternehmen, die aufgeführte Erzeugnisse oder Rohstoffe in Verkehr bringen. Ab spätestens Mitte 2025 auch für KMU. Wie so oft ist die Intention dieser Verordnung richtig, die Umsetzungsvorgaben jedoch mangelhaft. Die Liste der Bedenken ist lang: So hinsichtlich einer angemessenen Übergangsphase, der Komplexität der technischen Anforderungen, sowie Drittstaatenproblematiken. Die unklaren Rahmenbedingungen, die daraus folgende Rechtsunsicherheit und die unverhältnismäßige Bürokratie dieser handwerklich schlechten Initiative sind angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage nur eine zusätzliche Belastung für Unternehmen. Als PKM Europe werden wir uns daher für eine Entschlackung und Verschiebung der Verordnung einsetzen. Vor allem, damit unsere heimischen Waldeigentümer statt Bürokratie selbstbestimmte Wald- und Forstwirtschaft betreiben können.

Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Verkehr

Ehrliche Klimabilanz für Fahrzeuge

Die ideologische Schönrechnung von E-Autos ist falsch und schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn erst ab einer Laufzeit von 90 000 Kilometern weisen E-Autos tatsächlich eine positive Klimabilanz gegenüber Verbrennern auf. Der Grund hierfür liegt in den Klimabelastungen, die durch Produktion und Transport der E-Autos, vor allem aber bei der Herstellung der Batterien verursacht werden. Ein MIT-Bundesvorstandsbeschluss mit dem Titel „Für eine ehrliche Verkehrspolitik“ fordert daher endlich echte Technologieoffenheit. Gegenüber Focus Online erklärte Gitta Connemann: „Die Klimabilanz von E-Fahrzeugen wird politisch schöngerechnet. Dem Verbraucher wird suggeriert, dass Elektroautos ‚Null-Emissionsfahrzeuge‘ sind. Verbrenner werden verteufelt. Ideologie hilft dem Klima aber nicht.“

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... weil ich mich noch mehr gesellschaftlich einbringen möchte.“

... der Mittelstand wachsen muss. Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.“



Andreas Wippler

Unternehmer, MIT Dresden



Ilona de Jonge

Innenarchitektin, MIT Lingen

Gesundheit

Telefonische Krankschreibung beenden

Der Krankenstand ist auf Rekordhoch. Und die Zahlen des Q1/ 2024 (6,8 Prozent Krankenstand laut GKV) lassen auch für dieses Jahr einen neuen Negativrekord erwarten. Dafür gibt es mehrere Gründe, dazu zählt auch die Möglichkeit, durch einen bloßen Anruf beim Arzt eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu erhalten. Die „telefonische Krankschreibung“ wurde in der Corona-Pandemie zunächst nur befristet eingeführt, jetzt aber ist sie als dauerhafte Regelung festgeschrieben.

In der Wirtschaft regt sich dagegen Widerstand. Die FAZ berichtete über den MIT-Beschluss „Telefonische Krankschreibung abschaffen, der hier Abhilfe schaffen soll. Gitta Connemann: „Offenbar sind die Hürden für eine Krankschreibung zu niedrig. Die telefonische Krankschreibung ist ein Relikt aus Corona-Zeiten und muss abgeschafft werden.“

Andreas Wippler (46) ist in Dresden geboren und lebt nach einigen Stationen außerhalb Dresdens wieder in seiner Heimatstadt. Nach der Meisterausbildung im Jahr 2000 zum Bäckermeister und dem Abschluss als Betriebswirt gründete er 2004 mit seinem Vater und seiner Schwester die Bäckerei Wippler GmbH. Mittlerweile führt er mit seiner Frau Doreen das Familienunternehmen als alleiniger Geschäftsführer und ist zusätzlich als Vorsitzender des Schutzverband Dresdner Stollen e.V., als Vorstandsmitglied der Einkaufsgenossenschaft Bäko Ost eG, sowie als Vorstandsmitglied der Bäcker Innung ehrenamtlich aktiv. Im Jahr 2023 absolvierte er die Ausbildung zum staatlich geprüften Brotsommelier und ist damit ein Genussbotschafter der deutschen Brotkultur.

Ilona de Jonge wurde 1974 in Rosenheim geboren und ist in Lingen (Ems) aufgewachsen. Nach ihrem Schulabschluss machte sie eine Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten. Im Anschluss daran arbeitete sie in der Möbel- und Werbebranche, einem Architektur- und Stadt-Planungsbüro sowie einem Steuerbüro. 2019 machte sie sich mit ihrem Innenarchitekturbüro nebenberuflich selbstständig. Dafür absolvierte sie ein Fernstudium für Innenarchitektur und statet nun sowohl private als auch öffentliche Räume aus. In ihrer Freizeit liegt ihr Fokus auf viel Sport in Form von Laufen, Schwimmen, Yoga und gesunder Ernährung.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

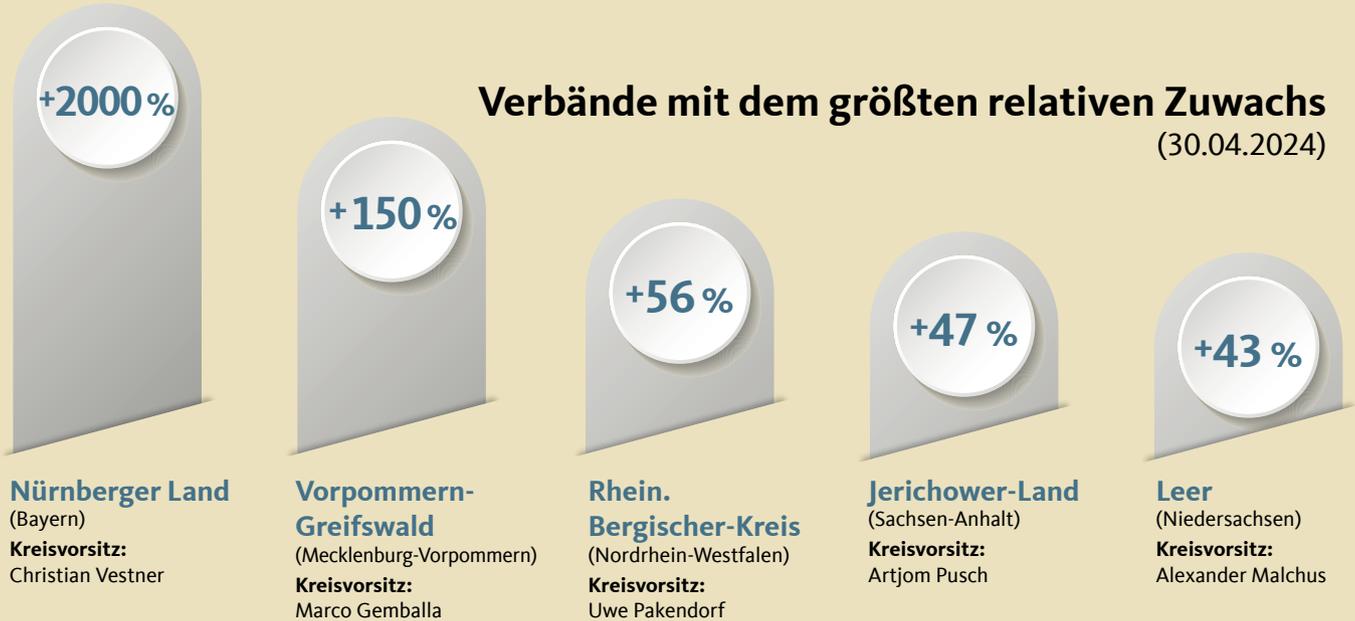


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (30.04.2024)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (30.04.2024)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (30.04.2024)



88

**Mit Deutschlands
Wirtschaft geht es abwärts.
Wirtschaftswende. JETZT!**



GESAMTMETALL
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

„Mein Traum:
die schnellste Frau
der Welt werden.“

Jndia Erbacher, CEO Jndia Erbacher Racing



Lass dich nicht ausbremsen.

Damit Jndias Traum wahr wird, muss sie ihren Top Fuel Dragster in 0,6 Sekunden auf 100 km/h beschleunigen. Umständliche Gehaltsabrechnungen für ihr Team würden sie nur aufhalten. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält.
www.lexware.de

Lexware